



Europa erwacht endlich aus seinem militärischen Schlaf

Europa könnte nach dem Schock der Trump-Ära endlich aus der militärischen Lethargie erwachen. Debatten über Verteidigungsausgaben und strategische Autonomie nehmen zu. Ein Wendepunkt?

Es war eine Fernseh-Attacke, die viele in Europa hoffen lässt, einen Krieg zu verhindern. Donald Trumps scharfe Kritik an dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus war ein Blitzschlag für die transatlantische Allianz und löste lang gehegte Illusionen in Europa darüber aus, ob ihr amerikanischer Verbündeter sie im Kampf gegen die russische Aggression unterstützen wird.

Ein Umdenken in Europa

Unter Schock, vielleicht sogar in Angst, scheint Europa endlich über seine Selbstverteidigungsbedürfnisse in der Ära Trump nachgedacht zu haben. „Es ist, als ob Roosevelt Churchill im Weißen Haus empfangen hätte und ihn angefangen hätte, zu schikanieren“, sagte der europäische Gesetzgeber Raphaël Glucksmann gegenüber CNN.

Tabus im Verteidigungsbereich brechen

In einem Monat, in dem US-Verteidigungsminister Pete Hegseth Europa in einer Gruppenchats mit Regierungsvertretern als „PATHETISCH“ bezeichnete, weil es sich auf die Verteidigung anderer stützen würde, hat der Kontinent jahrzehntelange Tabus im Bereich Verteidigung gebrochen. Politiken wurden diskutiert,

die vor nur wenigen Wochen unvorstellbar gewesen wären.

Die größte Veränderung fand in Deutschland statt, der größten Volkswirtschaft Europas. Nach der Bundestagswahl gewann der designierte Kanzler Friedrich Merz einen Parlament votes zur Abschaffung der „Schuldenbremse“ – einem Mechanismus zur Begrenzung der Staatsverschuldung.

Eine neue Ära für Deutschland

Diese Gesetzesänderung ermöglicht grundsätzlich unbegrenzte Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit. Experten schätzen, dass dies bis zu 600 Milliarden Euro (652 Milliarden US-Dollar) für Deutschland in den nächsten zehn Jahren freisetzen könnte. „Das ist ein Wendepunkt in Europa, denn Deutschland war der Nachzügler – insbesondere unter den großen Ländern – wenn es um Verteidigung geht“, sagte Piotr Buras, Senior Fellow beim European Council on Foreign Relations.

Durch die Überwindung seiner Schuldenphobie hat Deutschland endlich gehandelt, als ob es wahrhaftig einen „Zeitenwende“ – oder „Wendungspunkt“ – überschritten hätte, so Buras. „Nur der Trump-Schock führte zu dieser grundlegenden Entscheidung, die Schuldenbremse auszusetzen“, fügte er hinzu. „Das ist die echte Zeitenwende.“

Veränderungen in der Nuklearpolitik

In dem benachbarten Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron – der schon lange für eine europäische „strategische Autonomie“ von den USA plädiert – erklärt, dass er in Erwägung zieht, den Schutz seines Atomarsenals auch auf seine Verbündeten auszudehnen. Macrons Kommentare kamen, nachdem Merz Gespräche mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich über die Ausweitung ihrer nuklearen Schutzgarantien angeregt hatte.

Die polnische Ministerpräsidentin Donald Tusk begrüßte diese

Idee und forderte sogar Polen auf, den Erwerb von Atomwaffen in Betracht zu ziehen. In der Zwischenzeit haben Polen und die baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland, alles Nachbarn Russlands, den Ottawavertrag von 1997 über Landminen verlassen, der lange als Meilenstein für das Ende des Massenkriegs galt. Litauen hat bereits den Kauf von 85.000 Landminen angekündigt. Polen plant die Produktion von 1 Million Landminen.

Rückkehr zur Wehrpflicht

Auch die Wehrpflicht hat auf dem Kontinent ein Comeback gefeiert. Dänemark hat Frauen ab 2026 für die obligatorische Wehrpflicht in Betracht gezogen und die Gesundheitsanforderungen für einige Rollen gesenkt, um die Streitkräfte des Landes zu stärken. Polen hat auch Pläne angekündigt, dass jeder erwachsene Mann eine militärische Ausbildung durchlaufen soll.

Selbst traditionell neutrale Länder überdenken ihre Positionen. Die irische Regierung, die sich in der Friedenssicherung engagiert hat, brachte eine Gesetzesinitiative ein, die es ermöglichen würde, Truppen ohne Genehmigung der Vereinten Nationen zu entsenden und somit ein mögliches russisches oder amerikanisches Veto zu umgehen.

Neue Herausforderungen und Bedenken

Es war lange Zeit die unbequeme – und oft unausgesprochene – Wahrheit in Europa, dass der Schutz vor einer Invasion letztlich von der amerikanischen Kavallerie abhing. Diese Unterstützung scheint nun weniger sicher zu sein.

Die Wende betrifft nicht nur, wer kämpfen wird, sondern auch, wer die Waffen bereitstellt. Einige haben begonnen, zukünftige Käufe der astronomisch teuren, in den USA hergestellten F-35-Jets zu hinterfragen, die mehrere europäische Luftstreitkräfte erwerben wollten. Der portugiesische

Verteidigungsminister Nuno Melo erklärte, sein Land prüfe die erwarteten Käufe der Jets zugunsten europäischer Alternativen aufgrund der Bedenken hinsichtlich der kontrollierten US-Lieferung von Ersatzteilen.

Herausforderungen an die europäische Einheit

Obwohl Europa anscheinend die Botschaft verstanden hat, sind Gespräche über einen einheitlichen Ansatz noch verfrüht. Als die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, einen Plan enthüllte, der Milliarden in die Verteidigung investieren sollte, hatten Spanien und Italien Bedenken. Der Plan wurde inzwischen in „Readiness 2030“ umbenannt.

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat zudem ausgeschlossen, italienische Truppen als Teil eines europäischen Kontingents zur Friedenssicherung in der Ukraine, im Fall einer Verhandlungslösung, zu senden – ein weiteres entscheidendes Thema, über das der Kontinent gespalten ist.

Die Umbenennung deutet auf eine Trennlinie in Europa hin: Je weiter ein Land von Russland entfernt ist, desto weniger wahrscheinlich ist es, dass es Waffen vor Butter priorisiert. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez erklärte in diesem Monat, „unsere Bedrohung ist nicht, dass Russland seine Truppen über die Pyrenäen bringt.“

„Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind etwas anders als die, mit denen die östliche Flanke konfrontiert ist“, fügte er hinzu.

Gabrielius Landsbergis, der ehemalige Außenminister Litauens, äußerte sich gegenüber CNN verärgert über die spanischen Aussagen und merkte an, dass ein kürzlicher Besuch in Kiew, wo die Luftschuttsirenen die meisten Nächte ertönen, es allzu leicht macht, sich ähnliche Szenen in Vilnius in der Zukunft vorzustellen. „Je weiter westlich man geht, desto schwieriger ist

es, sich so etwas vorzustellen. Alle Probleme, alle Entscheidungen sind relativ“, sagte Landsbergis.

Ein positives Fazit?

Obwohl diese geografische Spaltung die Differenzen vertiefen könnte, äußerte Buras vom ECFR, dass totale europäische Einheit immer eine „Illusion“ sein werde. „Was wirklich zählt, ist, was die Schlüsselländer tun“, betonte er und wies auf Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Polen hin. „Ich möchte vorsichtig optimistisch sein, aber ich denke, wir sind jetzt auf dem richtigen Weg.“

Auf die Frage, ob der März als der Monat in die Geschichte eingehen wird, in dem Europa aufwachte, antwortete Buras: „Ja, wir sind aufgewacht – aber jetzt müssen wir uns anziehen.“

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at